

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Nachfolge für das 9-Euro-Ticket gestalten und den ÖPNV ausbauen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit der Einführung des 9-Euro-Tickets für die Monate Juni, Juli und August 2022 hat die Bundesregierung eine unkomplizierte und für jeden zugängliche Möglichkeit zur deutschlandweiten Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) geschaffen. Der Senat wird aufgefordert, an den Erfolg des 9-Euro-Tickets anzuknüpfen und eine tragfähige, dauerhafte Nachfolgelösung zu erarbeiten. Hierbei sind die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

- Das Nachfolgeticket muss bundesweit gelten, den Tarifdschungel überwinden und soll ein Anreiz für diejenigen sein, auf den ÖPNV umzusteigen, die den ÖPNV bislang nicht regelmäßig nutzen.
- Das Nachfolgeticket darf die Haushalte der Länder und des Bundes nicht überlasten und muss nachhaltig finanzierbar sein. Eine Ausweitung des Streckennetzes sowie der Qualität in Form von Sicherheit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit in Stationen und Fahrzeugen sowie Barrierefreiheit gehen vor Preissenkungen im ÖPNV.
- Die von der Bundesregierung geplante Bereitstellung von Mitteln in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. Euro im Rahmen des 3. Entlastungspakets sind begrüßenswert. Der Senat wird aufgefordert, sich an der Finanzierung eines Nachfolgetickets angemessen zu beteiligen und dafür bei den anderen Bundesländern zu werben. Das Nachfolgeticket darf nicht an den Bundesländern scheitern.
- Der Senat wird aufgefordert, sich bei der Nachfolgelösung mit dem Land Brandenburg und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) abzustimmen, sodass trotz steigender Energiekosten für ein gutes Angebot in ganz in Berlin, der Metropolregion und Brandenburg gesorgt werden kann.
- Für die Monate Oktober bis Dezember 2022 soll der Senat im Rahmen einer landeseigenen Entlastungsmaßnahme den Preis für das Berlin Ticket S („Sozialticket“) von 27,50 Euro auf 5,00 Euro senken. Über mögliche Entlastungen im Jahr 2023 wird im

Anschluss an die Einigung zwischen Bund und Ländern zur Nachfolgeregeln neu entschieden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2022 zu berichten.

### ***Begründung***

Das 9-Euro-Ticket war deutschlandweit ein großer Erfolg. Die Maßnahme hat für eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gesorgt und die Wirkung steigender Energiekosten und Inflation gedämpft. Das erstmalig geschaffene Angebot eines bundesweit gültigen ÖPNV-Tickets wurde insgesamt 52 Mio. Mal verkauft. Das 9-Euro-Ticket hat die Überwindung des Tarifschungsels und der unzähligen Verkehrsverbände ermöglicht und durch den Onlineverkauf des Tickets zugleich gezeigt, welche Chancen die Digitalisierung bietet.

Die Bereitstellung und die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen der Daseinsvorsorge liegt in der Verantwortung der Bundesländer. Um sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen, stellt der Bund Mittel im Rahmen des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) zur Verfügung. Sie betragen rund zehn Mrd. Euro. Der Bund kommt daher bereits seinem gesetzlichen Auftrag nach. Zusätzlich sind weitere Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro im Rahmen des 65 Mrd. Euro schweren 3. Entlastungspakets geplant.

Nun ist auch Berlin in der Pflicht. Statt immer nur weitere Unterstützung des Bundes zu fordern, muss die Landesregierung selbst entsprechende zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen, damit eine Nachfolgelösung des 9-Euro-Tickets sichergestellt ist. Ein Berliner Sonderweg kann und darf dabei aber nicht die Lösung sein. Aufgrund der engen Länderbeziehung muss sich Berlin bei der Erarbeitung eines Nachfolgetickets mit Brandenburg sowie mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) abstimmen. Es wäre verkehrt, sich nur auf das Berliner Tarifgebiet AB zu beschränken.

Angesichts der anhaltenden Inflation und drohenden Energiepreiskrise ab Herbst darf Berlin seine Bürgerinnen und Bürgern nicht im Stich lassen. Dies gilt vor allem für die Schwächsten unserer Gesellschaft, für die eine Preissenkung des Berlin Ticket S („Sozialticket“) auf 5 Euro eine große Entlastung darstellen würde.

Berlin, den 13.09.2022

Czaja, Reifschneider  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin